



Sie machen Schulden mit links

Die grossen Schweizer Städte geben Geld mit vollen Händen aus – und verschulden sich immer mehr. Sie können es sich leisten. Die Frage ist bloss: Wie lange noch? Von René Donzé

Städte wollen alle möglichen Anspruchsgruppen bedienen: Zum Beispiel die Velofahrer in Zürich mit 350 Millionen Franken.

Die Weihnachtsbeleuchtung glitzert in der Bahnhofstrasse, auf dem Sechseläutenplatz stehen Holzhäuschen. Glühweinduft liegt in der Luft. Zum Auftakt der Adventszeit hat sich die Stadtzürcher Stimmbevölkerung am letzten Sonntag reich beschenkt: 60 Millionen Franken jährlich für Prämienverbilligungen, 350 Millionen für neue Velowege und 360 000 Franken mehr für den Verein «Eltere und Chind» – trotz Geburtenrückgang in der Stadt.

Bezahlt wird diese Grosszügigkeit auf Kredit: Zürich ist laut Statistik 2023 der Eidgenössischen Finanzverwaltung die am höchsten verschuldete Stadt der Schweiz – mit 8,3 Milliarden Franken Bruttoschulden. Und gemessen an der Einwohnerzahl liegen die Schulden nur gerade in Lausanne und Bern noch höher.

Auch Bern hat letztes Wochenende abgestimmt. Dort hat die Bevölkerung das städtische Budget gutgeheissen, das zwar erstmals seit langem ein minimales Plus vorsieht. Doch es wäre viel besser ausgefallen, hätte das Parlament nicht noch zusätzliche Ausgaben hineingepackt: bessere Betreuung in den Tagesschulen, mehr Geld für Förderung der Zweisprachigkeit, Spenden für Gaza und Seenotrettung. Auch Berns Schulden wachsen weiter.

Teure Standortpolitik

Zürich und Bern stehen für einen Kurs, der Schule macht: bestellen jetzt – bezahlen später. Auch die anderen Grossstädte sind hoch verschuldet. «Alle grossen Schweizer Städte haben gemeinsam, dass sie viel Geld ausgeben», sagt Michele Salvi vom liberalen Think-Tank Avenir Suisse. Das habe drei Hauptgründe. Erstens: Die Städte tragen strukturell höhere Lasten für Soziales, Sicherheit und Infrastrukturen. Zweitens: In den meisten Zentren regieren links-grü-

ne Mehrheiten, die staatliche Leistungen eher ausbauen als reduzieren. Drittens: Die Einnahmen pro Kopf sind in Grossstädten mehr als 2,5-mal so hoch wie in Ortschaften mit weniger als 10 000 Einwohnern.

Und wo das Geld kräftig sprudelt, wachsen Begierlichkeiten. Die Angst vor Schulden nimmt ab. Tatsächlich leben die Städte seit Ende der 1990er Jahre in einer Art Sonderkonjunktur, begünstigt durch Zuwanderung, Personenfreizügigkeit und eine Renaissance des urbanen Lebens. Mit dem Aufschwung wandelte sich ihr Gesicht. Noch in den 1980er Jahren war die Rede von A-Städten, in denen vor allem Arme, Alte und Arbeitslose wohnten. Doch das ist lange her. «Heute stehen die A für Akademiker, Ärzte und Anlageprofis», sagt der grüne Zürcher Stadtrat Daniel Leupi, der seit elf Jahren das Finanzdepartement leitet.

Zuerst hatte auch die rot-grüne Zürcher Regierung Schulden abgebaut, doch dann stiegen Investitionen und Ausgaben kräftig an. Dies hat laut Leupi gute Gründe: «Eine Stadt muss gute Infrastruktur bereitstellen», sagt er – öffentlicher Verkehr, Tagesschulen, Spitäler, verkehrsberuhigte Strassen. Das sei nicht Luxus, sondern Standortpolitik, ziehe gute Steuerzahler sowie Unternehmen an. Weil dieser Erfolg Liegenschafts- und Mietpreise in die Höhe treibt, investiert Zürich jährlich Hunderte Millionen in gemeinnützigen Wohnungsbau. «Das ist wichtig für eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur», sagt Leupi.

Die Zentrumsfunktionen werden von Städten immer dann ins Feld geführt, wenn es um ihre hohen Ausgaben und ihre Verschuldung geht. Doch das ist nur bedingt stichhaltig. Längst nicht alle Ausgaben der Städte lassen sich damit erklären. «Die Kosten müssen mit der Grösse einer Gemeinde nicht zwingend überproportional wachsen», sagt Matthias Lehmann. Er berät mit der von ihm gegründeten Firma Swissplan Gemeinden bei ihrer Finanzplanung. Und er stellt fest, dass Städte oft teurer bauen, mehr Personal be-

schäftigen und sich Ausgaben gönnen, die über das kommunale Pflichtenheft hinausgehen. «Wo immer ein Problem entsteht, soll es die öffentliche Hand lösen», sagt Lehmann. Mit ein Grund dafür sei, dass die Stimmberechtigten in den Städten vor allem über Geld bestimmen, das von anderen stamme: von Unternehmen, Expats und aus Grundstückgewinnsteuern.

Städteverband warnt

Der Berner Volkswirtschaftsprofessor Maximilian von Ehrlich sieht das ähnlich: «Die gegenwärtige Politik will möglichst alle Anspruchsgruppen bedienen.» Das führe zu Ausgaben, «die nicht unbedingt in das durch allgemeine Steuern finanzierte Kernbudget einer Stadt gehören». Einiges davon könnte durch Gebühren finanziert werden, sagt er. Anderes würde nur einzelnen Nutzern zugutekommen. Und von anderem wiederum profitierten auch Personen, die es gar nicht nötig hätten – etwa von Gratis-Freibädern, einem bedingungslosen Grundeinkommen oder anderen Subventionen wie stark vergünstigten ÖV-Abonnementen.

Solange die Schuldzinsen tief seien, falle das nicht ins Gewicht. Doch wenn sich dies ändere, müssten Städte ihre Steuern erhöhen. Dann wanderten Unternehmen und gute Steuerzahler ab. «Für Gemeinden sind Steuererhöhungen heikler als für die Kantone und den Bund», erklärt von Ehrlich. «Ihre Steuerzahler können relativ leicht in eine Nachbargemeinde ausweichen.»

Es ist durchaus möglich, dass dieses Szenario über kurz oder lang eintritt. Gemäss einer Studie, die der Städteverband diese Woche veröffentlicht hat, zeichnen sich düstere Wolken am Finanzhimmel ab. So dürfte die Schuldenquote der Städte (Schulden gemessen an den Einnahmen) bis 2040 um 17 Prozent steigen und sich bis 2060 nahezu verdoppeln. Zusätzlich öffnet sich auf-

grund der Alterung der Bevölkerung eine Finanzierungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die grossen Städte sind allerdings etwas weniger stark von dieser demografischen Entwicklung betroffen, da sie viele jüngere Arbeitnehmer anziehen. Nicht mit eingerechnet sind jedoch mögliche Konjunkturschwankungen oder Zinsanstiege – Faktoren also, die besonders die hoch verschuldeten Grossstädte empfindlich treffen würden.

Hinzu kommt ein beunruhigender Trend: Die relative Steuerkraft der Städte schrumpft laut einer Untersuchung von Avenir Suisse. In vielen Agglomerationsgemeinden wachsen die Steuereinnahmen pro Kopf inzwischen schneller als in den Zentren. Damit könnte der «städtische Sonderboom» allmählich an Zugkraft verlieren.

Noch allerdings geht es den Städten gut. Und sie gehen weiter zusätzliche Verpflichtungen ein. Gerade erst hat etwa das Zürcher Stadtparlament Stipendien für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge bewilligt. Die SP fordert derweil, dass die Stadt ein Ärztenetzwerk und mehrere Permanenten aufbaut – und noch mehr Millionen für Wohnbauförderung.

Gebaut wird weiterhin fleissig. «Die nächsten 3 Milliarden an Investitionen sind durch Entschiede von Bevölkerung, Parlament und Stadtrat bereits beschlossen», sagt Leupi. Mittlerweile scheint es selbst dem Zürcher Stadtrat nicht mehr ganz wohl zu sein mit einer Entwicklung, die für die nächsten Jahre zunehmende Defizite und Schulden vorsieht. Vor der Abstimmung vom Sonntag warnte Leupi vor einer wachsenden Anspruchshaltung. Diesen Freitag nun kündigte der Stadtrat einen «Zielwert für Investitionen» von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr an – um neue Schulden nicht zu stark ansteigen zu lassen. «Vielleicht muss das eine oder andere Projekt künftig etwas länger warten», sagt Leupi.

Auch eine reiche Stadt kann nicht jeden Wunsch sofort erfüllen.